

1 **Antrag Nr. K 1**

2
3
4
5 **Antragsteller:** KV Osnabrück-Land

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11
12 Bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlwahlen ist
13 mindestens eine Kandidatin / ein Kandidat zu berück-
14 sichtigen, der zum Zeitpunkt der Wahl höchstens
15 dreißig Jahre alt ist. Dabei sollte diese / dieser auf
16 einem sicheren Listenplatz abgesichert werden.
17 Soweit der Kreisverband keinen direkten Einfluss auf
18 die Listenaufstellung ausüben kann, empfiehlt er sei-
19 nen Untergliederungen entsprechende Beschlüsse zu
20 fassen bzw. die Listen entsprechend aufzustellen.

21
22
23 **Begründung:**

24
25 „Die Jugend ist unserer Partei wichtig“, diesem Satz
26 wird sicher niemand widersprechen. Das bedeutet
27 auch, dass sich Jugendliche von und in der Politik
28 vertreten fühlen sollen. In Zeiten allgemeiner Politik-
29 verdrossenheit, ist dies sowohl für die Jusos als auch
30 für SPD eine große Herausforderung. Sie kann unse-
31 rer Meinung nach nur bestanden werden, wenn junge
32 Menschen in den Parlamenten vertreten sind. So wird
33 die vorhandene Distanz zur Politik zumindest nicht
34 noch durch eine Hemmschwelle aufgrund der Alters-
35 differenz verstärkt.

36
37 Es mag unberechtigt erscheinen, die Distanz zu Ju-
38 gendlichen anhand des Alters festzumachen. Auch
39 eine Vierzigjährige kann für Jugendliche bedeutend
40 zugänglicher sein, als ein Fünfundzwanzigjähriger.
41 Um jedoch eine Richtlinie zu bilden, muss dieser Be-
42 schluss feste Zahlen beinhalten.

43
44 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in unserer
45 Partei sind laut Parteistatut alle Mitglieder bis zu ei-
46 nem Alter von 35. Wir fordern, dass auch am Ende
47 einer Wahlperiode noch Jugendliche in den Kommu-
48 nalparlamenten sitzen sollen. Um diese Bedingungen
49 zu erfüllen, kann die Kandidatin / der Kandidat zum
50 Zeitpunkt der Wahl höchstens 30 Jahre alt sein.

Antragskommission:

Erledigt durch bestehende
**Richtlinien für die Aufstellung
von Kandidatinnen und Kan-
didaten zu den Kommunal-
wahlen im Bezirk Weser-Ems**
Abschnitt III., Erläuterung: f)
*„Auf den ersten vier Plätzen der
Kommunalwahllisten soll min-
destens eine Genossin oder ein
Genosse unter 30 Jahren be-
rücksichtigt werden.“*

52 Ausdruck des Bemühens um Jugendliche muss eine
53 angemessene Position der kandidierenden Jungso-
54 zialistinnen und Jungsozialisten sein. Auch wenn es
55 sich bei der Wahl um eine Persönlichkeitswahl han-
56 delt, der Listenplatz also keine Garantie für den Ein-
57 zug in das Kommunalparlament ist, so drückt er doch
58 eine Wertschätzung für junge Kandidatinnen und
59 Kandidaten aus.

60

61 **Weiterleitung an:**

62

63

Antragskommission:

Annahme

1 **Antrag Nr. K 2**

2

3 **Antragsteller:** Bezirksvorstand

4

5 Der Bezirksparteitag möge beschließen

6

7 **Finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen**
8 **stärken und nachhaltig sichern**

9

10 Die SPD bekennt sich ausdrücklich zu den

11 Kommunen. Erste Voraussetzung für die

12 kommunale Selbstverwaltung ist eine

13 aufgabengerechte Finanzausstattung.

14 Uneingeschränktes Ziel muss sein, zu einer

15 nachhaltigen Verbesserung der kommunalen

16 Finanzlage zu kommen.

17 Fundament hierfür ist ein verbindliches

18 Konnexitätsprinzip, das dafür sorgt, dass Aufgaben

19 und Finanzmittel durch Bund und Länder nur noch

20 im Gleichklang den Kommunen zugewiesen werden

21 können. Wir brauchen starke und finanzkräftige

22 Kommunen, dort entscheidet sich Lebensqualität, da

23 ist die Basis von Demokratie.

24

25 Die CDU/FDP geführte Landesregierung hat bis

26 heute nicht das für die ersten 100 Tage

27 versprochene strikte Konnexitätsprinzip eingeführt

28 und spielt weiterhin auf Zeit. Außerdem weigert sie

29 sich, das Konnexitätsprinzip bis zur erforderlichen

30 Verfassungsänderung als Selbstverpflichtung zu

31 begreifen, so dass es auch weiterhin durch

32 Gesetzesänderungen zu erheblichen Belastungen

33 der kommunalen Seite kommt, wie z. B. beim

34 Schulgesetz, Landesblindengeld, der

35 Lernmittelfreiheit usw. bereits erlebt. Dies ist für

36 unsere Kommunen ein unhaltbarer Zustand.

37

38 Durch die von der SPD geführten Bundesregierung

39 im Jahr 2002 eingesetzte Kommission zur Reform

40 der Gemeindefinanzen konnte zwar nach

41 konfliktreichen Beratungen im

42 Vermittlungsausschuss die Gewerbesteuer vorerst

43 gerettet und die Gewerbesteuerumlage abgesenkt

44 und Mitte 2004 die längst überfällige

45 Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und

46 Sozialhilfe beschlossen werden, aber diese

47 Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus.

48

49 Die SPD im Bezirk Weser-Ems setzt sich auch

50 weiterhin für den Erhalt der Gewerbesteuer als

51 wichtige Einnahmequelle der Kommunen ein und

52 hält an einer Reform der Gewerbesteuer durch
53 Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und
54 Erweiterung auf die freien Berufe fest.
55 Die bisher bekannten Vorschläge aus CDU/CSU
56 und FDP zur Abschaffung der Gewerbesteuer
57 würden die Unternehmen entlasten und stattdessen
58 die Bürgerinnen und Bürger belasten. Diese
59 Vorschläge gehen in die falsche Richtung und
60 widersprechen ganz eindeutig unseren
61 Vorstellungen einer sozial gerechten Besteuerung.

62

63

64 **Begründung:**

65

66 Die Einbrüche bei den kommunalen
67 Steuereinnahmen und der rücksichtslose Eingriff der
68 CDU/FDP Landesregierung in den kommunalen
69 Finanzausgleich haben dazu geführt, dass die
70 Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise
71 in Niedersachsen sich dramatisch zugespitzt hat.
72 Die Kommunen haben 2005 um 400 Millionen Euro
73 geringere Einnahmen als noch 2002 und liegen
74 damit noch unter dem Einnahmestandard des Jahres
75 1993. Die kommunalen Kassenkredite erreichten am
76 30. September des vergangenen Jahres mit 3,3
77 Milliarden Euro einen neuen Höchststand.

78

79 Gleichzeitig sind die Ausgaben erheblich gestiegen,
80 besonders bei den Pflichtausgaben der Sozialen
81 Sicherung, die von den Kommunen nicht gestaltet
82 werden können. Aufgrund dieser Entwicklung
83 mussten die Kommunen die Investitionen auf ein
84 historisches Tief zurückfahren. Die Folgen sind
85 unmittelbar in Form von sanierungsbedürftigen
86 Schulen und Straßen, fehlenden Fahrradwegen etc.
87 sichtbar und haben auch negative Auswirkungen auf
88 Wachstum und Beschäftigung vor allem im
89 Handwerk und im Mittelstand.

90

91

92 **Weiterleitung:**

93 Bundesparteitag

94 Landesparteitag

95